

# Gipfelwind bremst Gipfelstürmer

Das Thema des Biogipfels am 21. Juni in Zofingen, der Agrarfreihandel, führte nicht zum erhofften und erwarteten konstruktiven Dialog zwischen Fundis und Realos verschiedener Couleur. Auch wenn dieser dringend notwendig wäre. Unüberwindbare ideologische Gräben und starke Gipfelwinde verunmöglichten die diesjährige Besteigung.

Verschiedene Realitäten prägen das Bioland Schweiz. Im wunderschönen mittelalterlichen Städtchen Zofingen bieten Landwirte, Verarbeiterinnen und Händler aus der Schweiz und umliegenden Ländern ihre Spezialitäten an. Bio Suisse und Demeter prämiieren in einem Qualitätswettbewerb die besten Müesli. Mitten in diesem bunten Treiben ein orangefarbenes Grossaufgebot – nicht wegen der holländischen Nationalmannschaft, die am gleichen Abend den Viertelfinal gegen Russland verlieren wird, sondern wegen der Migros, die den Bio Marché auch dieses Jahr wieder sponsert und ein wenig spröde ihr Biosortiment präsentiert. So viele Realitäten hat die Biobewegung zur gleichen Zeit auf engstem Raum zu bieten. Es ist heiss und der längste Tag im Jahr.

Am 8. Biogipfel im Zofinger Rathaus warten ebenfalls Realitäten des Marktes auf die knapp 50 Gäste, die über die Mittagszeit dem Biogipfel beiwohnen, den das Bioforum Schweiz zusammen mit Demeter organisiert hat. Die in der Einladung aufgeworfene Suggestivfrage, ob «Lebensmittel eine Handelsware wie jede andere» seien, scheint ein Publikum anzusprechen, das vom Biolandbau ganz besonders überzeugt ist.

## Moralische Schelte

Es sei ein «moralischer Imperativ», sich diese Frage zu stellen, erklärt die Hauptrednerin Veronika Bennholdt-Thomsen, Leiterin des Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz in Bielefeld. Dazu seien unbedingt die beiden wesentlichen Positionen zu diskutieren, die heute Land- und Lebensmittelwirtschaft in zwei Lager teilen: Soll die Landwirtschaft in erster Linie Gewinne abwerfen, wie jeder andere Wirtschaftssektor auch? Oder soll die Landwirtschaft dazu da sein, die Menschen zu ernähren? Leider ist es am Biogipfel jedoch nicht möglich, diese Diskussion zu führen, denn niemand mag die Position einnehmen, die Landwirtschaft sei vor allem ein Geschäft. Die Spekulanten, die ihr Geld heute in Termingeschäften mit Weizen, Mais oder Reis

an der Rohstoffbörse investieren, seit der US-Immobilienmarkt zusammengebrochen ist, sind nicht nach Zofingen gekommen.

Stellvertretend für sie muss Bio Suisse Präsidentin Regina Fuhrer, die sich ein paar Stunden vom Heuet auf ihrem Hof hat absetzen können, den Kopf hinhalten und die fundamentale Schelte entgegennehmen, die eigentlich an die Adresse der Globalisierer gerichtet gewesen wäre. Denn wenn diese Profiteure nicht da sind, werden diejenigen aus den eigenen Reihen zur Rechenschaft gestellt, die bereit sind, mit ihnen an den Verhandlungstisch zu sitzen.

Regina Fuhrer versucht mit mittlerem Erfolg, die Position von Bio Suisse zu skizzieren. Dabei stellt sie klar, dass Bio Suisse sich nicht etwa für den Freihandel einsetze, sondern unter verschiedenen Bedingungen die Verhandlungen mit der EU zum Freihandelsabkommen gutheisse. Das sei ein wesentlicher Unterschied: Nicht zum Freihandelsabkommen sage Bio Suisse ja, sondern zu den Verhandlungen darüber. Zu verschärftem Strukturwandel und sinkenden Einkommen sage sie hingegen klar nein. Wenn dafür Gewähr bestehe, könne für ein kleines Land in der Mitte Europas die gegenseitige Marktöffnung sinnvoll sein: «Für eine kleine Sennerei im Kanton Graubün-

den ist es einfacher und näher, den Käse in den EU-Raum zu verkaufen als nach Zofingen.»

Um der Landwirtschaft gute Rahmenbedingungen zu erkämpfen für den Fall, dass ein Freihandelsabkommen abgeschlossen wird, mache Bio Suisse zusammen mit anderen Landwirtschaftsverbänden in der IGAS mit, der Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz. Mit dieser Organisation können dem Handel und der Industrie die Interessen und Wünsche der Schweizer Landwirtschaft bekannt gemacht werden. Überhaupt sei für eine allfällige Grenzöffnung die gesamte Gesellschaft gefordert. Mit der Agrarpolitik, die mehr Markt und mehr Ökologie anstrebt, habe die Schweizer Landwirtschaft einen soliden, breit abgestützten Gesellschaftsvertrag, zu dem auch das Direktzahlungssystem gehört. Dieser Gesellschaftsvertrag müsste auch für die Umsetzung einer Freihandelspolitik die Basis bilden. Eine Basis, auf der eine Qualitätsstrategie aufgebaut werden könne, die künftig das Vertrauen in Zölle ablösen werde und ebenfalls Schutz bieten könne.

## Markt ist schlecht

Bennholdt-Thomsen lässt sich durch Regina Fuhrers Referat zu Fundamentalkritik an der Schweizer Agrarpolitik hin-



Migros-Gasse am Bio Marché im Holland-Look.

reissen und kritisiert Bio Suisse, dass sie diese Politik akzeptiert. «Mehr Markt und mehr Ökologie ist ein Widerspruch in sich», sagt sie, durch mehr Markt werde die Ökologie zunichtegemacht. Denn die Marktprinzipien tiefe Preise und Gewinnmaximierung seien zwei Mahlsteine, zwischen denen Qualität, Bäuerinnen, Wiesen, Obstgärten, Tierwohl – kurz: das gute Leben – zerrieben werden.

Freihandel sei ein weiterer Schritt in der Logik des Marktes, denn Spekulation mit Lebensmitteln ist nur an einem globalisierten Agrarmarkt möglich. Daher ist Freihandel für die Landwirtschaft schädlich: Leiden werden soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Biodiversität. Wenn diese Punkte ernst genommen würden, hätten wir in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft eine Lösung zur Hand. Für die Schweiz als Nicht-EU-Land, das entsprechend nicht am europäischen Wirtschaftsraum beteiligt ist, gebe es vieles zu verteidigen – und auch vieles zu verlieren.

## Zurück zum Paritätslohn

Diese Autonomie will die kämpferische Westschweizer Bauerngewerkschaft Uniterre wahren und plant zu diesem Zweck die Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative, die das Prinzip der Ernährungssouveränität in der Bundesverfassung verankern soll. Rudi Berli, Biogemüsebauer in Genf, stellt die Vorlage vor. Dem Bund soll damit die lenkende, interventionistische Autorität an den Agrarmärkten zurückgegeben werden, die er in den vergangenen fünfzehn Jahren im Zuge des Umbaus der Agrarpolitik und der Einführung der Direktzahlungen abgebaut hat. So soll der Bund nach Meinung der Initianten verpflichtet werden, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu schaffen und mit den Branchenorganisationen eine Neuauflage der Garantie für kostendeckende Produzentenpreise, also des Prinzips des Paritätslohns, sowie eine Absatzgarantie aufzubauen. Der Bund soll ausdrücklich Zölle auf Nahrungsmitteln erheben oder in gewissen Fällen sogar Importverbote verhängen dürfen.

Die Anliegen von Uniterre decken sich in ihrer Kritik am Freihandel mit denjenigen des Schweizerischen Bauernverbands. Doch dort wird die grüne Gewerkschaft voraussichtlich vergebens um Schützenhilfe für die Initiative anklopfen, wie der «Schweizer Bauer» recherchiert hat: Die für Uniterre zentralen sozialen Aspekte, wie etwa die Forderung nach einem Gesamtarbeitsvertrag für land-



Biogipfel 2008 – Besteigung gescheitert. Die Seilschaft bestand aus Hans Bieri, Rudi Berli, Hauptreferentin Veronika Bennholdt-Thomsen, Gesprächsleiterin Heidi Bravo vom Schweizerischen Bauernverband und Regina Fuhrer.

wirtschaftliche Angestellte, gehen dem Bauernverband klar zu weit. Wahrscheinlicher wird es daher sein, dass Brugg eine eigene Initiative gegen den Freihandel starten wird.

Berli argumentiert für die Beibehaltung des «ausgeklügelten und sehr guten» Zollsystems, das die Schweiz heute kenne. Er betrachtet es quasi als ein Bollwerk, das die kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft und die lokalen Märkte schützt und verhindert, dass die industrielle Produktion über den freien Markt mit Dumpingpreisen in unser Land drängt.

## Zinswirtschaft und Heuet

Es habe gar keinen Zweck, die Verschleisswirtschaft mit allen ihren Nebenerscheinungen zu beklagen, ohne sich mit dem Grundproblem, nämlich der Zinswirtschaft, auseinanderzusetzen, erklärt Hans Bieri, Geschäftsführer der Schweizerischen Vereinigung Industrie und Landwirtschaft SVIL. Der Schritt von der Subsistenzwirtschaft, in der alle selber für ihre Lebensmittel verantwortlich sind, zur arbeitsteiligen Gesellschaft bringe es mit sich, dass die von der Landwirtschaft Freigestellten einerseits zu Essen erhalten, andererseits mithelfen, den Bauern die Arbeit durch Produktionsmittel zu erleichtern. Der Bauer kann einen Erlös erwirtschaften, den er zum Leben braucht und der eine Leistung er-

möglicht. Zudem braucht er aber einen Teil des Erlöses, um Kapitalkosten, also Zinsen, zu bezahlen. Dieser Teil steht ihm im Folgejahr nicht mehr zur Verfügung, um Leistung zu erbringen. Das heisst, die Leistung muss immer ein wenig billiger werden – und damit ein wenig mehr, damit genug zum Leben bleibt. So kann Bieri erklären, weshalb die Wirtschaft wachsen muss, solange Kapital an Zinsen gebunden ist. Weil die Landwirtschaft ihre Wertschöpfung aus der Natur bezieht, ist Wachstumswirtschaft in diesem Sektor nur möglich, wenn Naturgut eingebracht wird. Dies führt zur Überlastung von Boden, Pflanzen, Tieren und Menschen und drückt sich letztlich in der Zerstörung der Qualität aus.

Auch solche grundsätzlichen Betrachtungen am Biogipfel zeigten eine Realität des Marktes auf. Leider waren sich die meisten auf dem Podium und im Publikum bereits vor der Veranstaltung in ihrer Skepsis dem Markt gegenüber zu einig, als dass eine fruchtbare Diskussion hätte entstehen können. Die Bereitschaft von Bio Suisse, mit der EU über die Öffnung der Grenzen zu diskutieren, wurde aufs Schärfste verurteilt, Regina Fuhrer stand im Regen. An den bilateralen Gesprächen beim anschliessenden Apéro mit feinsten regionalen Spezialitäten konnte sie dann nicht mehr teilnehmen. Denn sie musste auf den Zug, um daheim das Heu einzubringen. Alfred Schädeli